

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

2. Juli 1957

121/A.B.

zu 108/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Die Abgeordneten B r a u n e i s und Genossen haben am 14. März d.J. an die Bundesregierung eine Anfrage, betreffend Vorwürfe gegen die Geschäftsführung der verstaatlichten Betriebe, gerichtet, in der sie auf Zeitungsmeldungen verwiesen, denen zufolge Bundesminister für Finanzen Dr. Kamitz im Rahmen eines Referates in bezug auf die verstaatlichten Betriebe erklärt habe:

"Der einzelne habe auf die Besetzung der leitenden Positionen in den verstaatlichten Betrieben keinerlei Einfluss, von einem Ertrag aber habe nicht einmal der Finanzminister etwas gesehen, geschweige denn das Volk.

Die Bevölkerung werde die Entwicklung der verstaatlichten Unternehmungen viel aufmerksamer verfolgen, wenn sie Aktien besitze und an der Geschäftsbearbeitung persönlich interessiert ist. Die Spiegelfechtereie mit den verschleierte Bilanzen werde sich nicht länger fortsetzen lassen, und allmählich werde aus dem anonymen Besitztitel in der verstaatlichten Industrie ein echter werden."

Die Antragsteller forderten die Bundesregierung auf, den Abgeordneten des Nationalrates unverzüglich darüber Aufschluss zu geben, ob die Behauptungen des Bundesministers Dr. Kamitz zutreffen.

Auf diese Anfrage ist folgende Antwort des Bundeskanzlers Ing. R a a b eingelangt:

"Namens der Bundesregierung beehre ich mich, diese Anfrage mit der Feststellung zu beantworten, dass der in der Anfrage angeführte Passus über 'Spiegelfechtereie mit verschleierte Bilanzen' weder wörtlich noch sinngemäss den Ausführungen des Bundesministers für Finanzen entspricht."

• • • • •